



*iebe Karen,
dies ist nun ein offener Brief.*

I. Über Parteien und Protokolle

Das Konvent Protokoll, auf welches Du Bezug nimmst, war intern zur Informationsweitergabe vorgesehen: nicht vertraulich, aber auch nicht verbindlich. Ein Stimmungsbild und ja, ein Mobilisierungs-Schrieb, von uns Studierenden an uns Studierende. Wir möchten es nicht als Diskussionsgrundlage verstanden wissen. Folgendes allerdings schon:

II. Ein fait accompli und seine Grammatik

Deine Mail erreichte uns zwei Wochen nachdem Du im Konvent über jene Haushaltslöcher gesprochen hattest, die die Kulturkürzungen des Ministeriums gerissen haben. Klassenkassen eingezogen; Gastprofessur gestrichen; Klassenübergreifende Mittel: gone. Die Akademie schrumpft, und jetzt soll auch die Jahresausstellung schrumpfen. Nur noch ein Bruchteil der Interessierten soll unsere Ausstellung sehen können; die Party soll eigentlich ganz abgeschafft werden (nun gut, bis um 22:00 Uhr womöglich im Regen);

und studentische Bars sollen aus der Ausstellung verbannt werden.

In der besagten Konventssitzung wurde uns zugesichert, der Rahmen für die kommende Ausstellung werde gemeinschaftlich gesteckt. Studierende würden aktiv mitentscheiden. Bevor das passierte, bevor die nächste Konventssitzung (deren Termin Du kanntest) überhaupt stattfinden konnte, kam der sogenannte "Vorschlag" mit dem Titel "Neue Regelungen für die Jahresausstellung 2026". Er liest sich wie eine Durchführungsverordnung. Die Grammatik dieses Dokuments ist aufschlussreich. Ein einziger ungeklärter Faktor, der als Offenheit posiert, verrät die geschlossene Determiniertheit der Maßnahmen: eine Zahl fehlt, ansonsten ist der Vorschlag soweit fertig. Keine Fragen, keine Leerstellen. Die Mail kennt nur Präsens Indikativ und Futur, die Zeitformen des Faktischen und Unausweichlichen. Du schreibst von Zwang und Notwendigkeit. Voraussetzung für einen Vorschlag ist aber der Konjunktiv und ein Raum, in dem der Vorschlag diskutiert werden kann. Eine Ansage per Sprachrohr Mail-Verteiler kann das nicht leisten.

Du "schlägst also vor", uns den wichtigsten Weg zu verbauen, unsere Klassenkassen auf Eigeninitiative wieder aufzufüllen und Sichtbarkeit für unsere Arbeiten zu erreichen.

Wir dürfen bloß reagieren. Nun, unsere Reaktionen bekommen zwangsläufig Aktionscharakter, wenn Tatsachen geschaffen werden, in die wir nicht einbezogen werden und die wir nicht mittragen können.



III. Politischer Kontext: was hier eigentlich verhandelt wird

Dieser Moment ist ein Symptom einer breiteren politischen Entwicklung. Auf Bundesebene wurden die Bundeskulturfonds letztes Jahr um die Hälfte gekürzt: der Musikfonds, der Fonds Darstellende Künste, die internationale Produktionshausstruktur sind dahin. Auch die Stiftung Kunstfonds verlor die Hälfte ihrer staatlichen Förderung. Über 36.000 Kulturschaffende haben dagegen unterschrieben. Auf Landes- und Kommunalebene treffen analoge Kürzungen die freie Szene, Proberäume, Arbeitsateliers. Auch in München verschwinden momentan an jeder Ecke Bars, Clubs und andere Kulturorte. Aber Bayern inszeniert sich als Ausnahme. Das neue Hochschulinnovationsgesetz von 2021 wird von Kunstminister Blume als "modernstes Hochschulgesetz Deutschlands" bezeichnet, unter dem Motto Agilität, Exzellenz, Innovation. Blume spricht von Rekordinvestitionen in Kunst und Kultur: letztes Jahr 1,1 Milliarden Euro, so viel wie kein anderes Bundesland. Es lohnt sich, genauer hinzuschauen, wofür das Geld tatsächlich ausgegeben wird.

Die Förderliste (ebenda) liest sich wie ein Architekturprogramm: Sanierung der Neuen Pinakothek, Neubau des Staatsarchivs, Festspielhaus Füssen, Konzerthaus Blaibach, Staatstheater in Würzburg und Regensburg. Lauter Repräsentationsbauten. Es gibt Geld für Häuser, in denen Kultur stattfinden soll, nicht für Kultur selbst. Was nicht gefördert wird: Lehrkapazitäten, Klassenmittel, Gastprofessuren, Absicherung von Studierenden, künstlerische Freiräume. Akademien versprechen keine Rendite und entsprechen damit nicht der Verwertungslogik des Hochschulinnovationsgesetzes. Gut so.



Gleichzeitig lassen sich fehlende Gelder an anderer Stelle leicht beschaffen. 2024 wurde vom Bayerischen Landtag das Gesetz zur Förderung der Bundeswehr verabschiedet. Es handelt sich um eine Änderung des Hochschulinnovationsgesetzes, die Hochschulen zur Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und zur Rüstungsforschung verpflichten kann. Zivilklauseln, mit denen Hochschulen sich bisher selbst zur ausschließlich zivilen Forschung verpflichten konnten, sind damit ausdrücklich verboten. Politisch werden momentan Prioritäten verschoben. Weg von Kulturförderungen und hin zu Militärforschung und Aufrüstung. Seit 2022 wurden über 100 Milliarden Euro als Sondervermögen für die

Bundeswehr bereitgestellt und 2025 folgte per Grundgesetzänderung die faktische Abschaffung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben. Polemisch gefragt: Fließt das Geld, das uns seit einigen Semestern fehlt, in den Leopard-Panzer 4 und 5? Und was das Hochschulinnovationsgesetz noch leistet: Es konzentriert Verantwortung in der Hochschulleitung wo die Autonomie der Institutionen vergrößert wird. Es fehlt der (bundes)staatliche Rückhalt, wie man ihn vor der Umstrukturierung von Hochschulen in Unternehmen vielleicht noch erwarten konnte. Mehr rechtliche Verantwortung lastet auf der Hochschulleitung und ihren Delegierten. Aber persönliche Privathaftung droht nur bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz. Eine ordentlich geplante Jahresausstellung mit Sicherheitskonzept fällt nicht darunter. Die politische Folge davon, Unternehmensgeist auf Kunsthochschulen anzuwenden ist unverkennbar. Der Rück-

zug des (Frei-)staats aus seiner Finanzierungsverantwortung wird scheinbar begleitet vom Transfer seiner Haftungslogik nach unten. Die Akademieleitung haftet im Zweifel, also sichert sie ab. Unsere Recherche ergab aber: weiterhin gilt die Amtshaftung. In aller Regel haftet der Freistaat Bayern. Wir bitten um Aufklärung, damit Haftungsangst nicht

länger Gestaltungswillen ersetzt.

Wir verweigern uns diesem kapitalistischen Realismus, in dem Alternativen schlicht undenkbar werden. Es darf nicht einfacher sein, sich vorzustellen, unsere Kulturveranstaltungen einzuschrumpfen und abzusagen, als dem Ministerium die Stirn zu bieten. Genauso wenig, eher Risiken zu verwalten, als Handlungsspielräume zu erkämpfen. Du hast uns erklärt, dem Ministerium zu opponieren hältst du für vergeblich. Daraus spricht die vollständige Internalisierung dieses Realismus. Das ist jedoch zuerst eine politische Entscheidung, die wir nicht mitzutragen bereit sind und ein Armutszeugnis für eine Kunstinstitution.

Wir widersprechen der Militarisierung der Haushalte, der Verwertungslogik innerhalb von Kulturinstitutionen, dem Autoritarismus als Organisationsprinzip. Eine Kunstakademie darf diese politische Entwicklung nicht einfach absorbieren und gar reproduzieren. Irgendwo müssen wir Stopp sagen und dieser Entwicklung etwas entgegensetzen. Mit etwas Mut ist irgendwo hier und jetzt. Wird sich nun an einer Party aufgehangen? Das klingt absurd und ist es nicht. Denn die Party ist selbst Kultur, bringt uns und nicht zuletzt die Stadt zusammen, stärkt die Gemeinschaft, füllt die leeren Gänge und die leeren Klassenkassen und belebt die verwelkende Akademie.

IV. Sicherheit als Argument und als Verdrängung

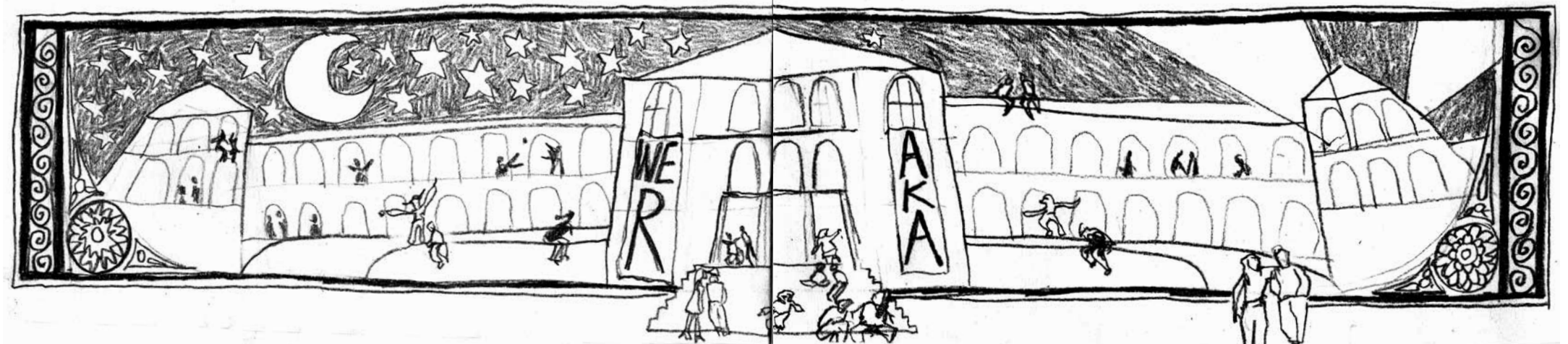
Wir nehmen Sicherheitsbedenken ernst: Überfüllung, Brandschutz, und Übergriffe erfordern einen verantwortungsvollen Umgang, das ist auch uns sehr wichtig. Aber schauen wir auf die Logik der vorgeschlagenen Maßnahmen: Besucher*innenbegrenzung, Einlassstopp um 18:30 Uhr, Ausschankverbot auf den Gängen. Alle drei Maßnahmen verfolgen doch dasselbe Ziel: Weniger Menschen auf einen Schlag. Warum braucht es alle drei, wenn bereits eine die Personendichte reduziert? Andere Maßnahmen wurden scheinbar gar nicht erwogen: Leitsysteme; Raumpläne, die alternative Treppenhäuser und Toiletten

aufzeigen; Identifikation von Risikoorten; Knotenpunkte, die gesondert freigehalten werden müssen; Aufenthaltszonen und Bewegungszonen; Studentische Ordner*innen; Fixe Info- und Awareness-Standorte. Wir hätten da Ideen, wir wurden nicht gefragt. Im Konvent wurden bereits verschiedenste Optionen recherchiert und diskutiert. Unter Anderem haben wir uns auch das Konzept der Düsseldorfer Akademie näher erklären lassen und überlegt, wo auch wir es anwenden könnten, und wo es eher nicht passt. Gerne lernen wir aus den Systemen, die andere Akademien gefunden haben, um mit Sicherheitsbedingungen umzugehen. Sie rhetorisch als Präzedenzfälle anzuführen, um eigene Maßnahmen zu legitimieren, finden wir jedoch falsch. Aus direkten Gesprächen mit Studierenden der Düsseldorfer Akademie geht außerdem hervor, dass die dortigen Rahmenbedingungen nicht akkurat dargestellt wurden. Am "sichersten" wäre es natürlich, die Jahresausstellung ganz abzublasen und überhaupt die Akademie zu schließen. Dann kann niemand für das haftbar gemacht werden, was hier passiert, wie praktisch. Es irritiert, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen weder logisch konsistent noch geeignet erscheinen, die genannten Probleme tatsächlich zu lösen. Partys einzuschränken löst nämlich nicht das Problem von Belästigungen und Übergriffen. Es verlagert sie lediglich aus dem Zuständigkeitsbereich der Akademie. Die Vorfälle finden anderswo statt, und die Akademie hat damit nichts mehr zu tun. Das ist aber keine Lösung sondern Zuständigkeitsvermeidung. Eine Methode, die sich patriarchalen Strukturen unterwirft, anstatt sie zu bekämpfen. Liegt das in Deinem Sinne? Verbote sind selten der verantwortungsbewusste Umgang, den auch wir fordern. Rechtlich wird man Verantwortung vielleicht los, zwischenmenschlich, sozial und politisch aber nie. Sicherheitsdiskurse ersetzen hier die tatsächliche politische Auseinandersetzung.

V. Awareness aber ehrlich

Das Awarenesssteam hat sich auf Initiative der Studierenden gegründet. Und zwar weil es außer Frage steht, dass

alle gleichermaßen und sicher feiern können sollten. Und eben, um Bedingungen zu schaffen, weiter Veranstaltungen durchführen zu können, die uns wichtig sind, die unsere Gemeinschaft stärken und die ehrlicherweise einen wichtigen Teil der Münchner Kulturlandschaft darstellen. Das Awarenesssteam wurde in ihrer Arbeit nicht wirklich von der Hochschulleitung oder der Verwaltung unterstützt. Es hat bis auf eine kümmerliche Aufwandsentschädigung von insgesamt 250€ (aufzuteilen unter allen Teammitgliedern) komplett unentgeltlich gearbeitet. Besonders befremdlich ist, dass das Awareness-Team bei der Ausarbeitung der Maßnahmen weder konsultiert wurde noch seine Erfahrungen einbringen durfte, obwohl es die unmittelbarste Kenntnis der Situation hat. Nach der letzten Jahresausstellung meldete das Awarenesssteam die aufgezeichneten Überfälle der Verwaltung zur Zusammenarbeit und Lösungsfindung in kommenden Jahren. Diese Mühe des Awarenessteams nun gegen die Zielsetzung des Awarenessteams einzusetzen, zeugt nicht von einer respektvollen Zusammenarbeit. Wir fürchten, dass wir uns tatsächlich fragen müssen, ob die



Meldung der Vorfälle durch das Awarenesssteam wohl als Anstieg der Vorfälle gewertet wird, was statistisch natürlich unsinnig ist. Wo vorher niemand Buch geführt hat, wirkt alles wie ein Anstieg...

Man muss sich vor Augen führen: Das Awarenesssteam wurde nicht in die Ausarbeitung des Partykonzepts einbezogen. Die Arbeit des Awarenessteams erfährt keine (oder minimale) Unterstützung. Jetzt zu behaupten, es gäbe Awareness-Bedenken, ist schwer nicht als Instrumentalisierung des Diskurses zu verstehen. Es ist für uns Studierende nicht nachvollziehbar, dass es so zahlreiche Beschwerden gegeben

haben soll. Das Awarenesssteam selbst beschreibt die letzte Jahresausstellung als gut bewältigt und die Zusammenarbeit mit der Security als überraschend positiv. Auch seitens der Verwaltung gab es nach der letzten Ausstellung positives Feedback. Die nun vorgeschlagenen Einschränkungen stehen dazu in einem kaum nachvollziehbaren Widerspruch. Ja, es gab Übergriffe und Herausforderungen. Und jeder Übergriff ist einer zu viel. Doch Deine Darstellung der Menge an Übergriffen der vergangenen Party stimmen nicht mit den Eindrücken und Erfahrungen des Awarenessteams überein. Jeder Vorfall wurde von der Gruppe dokumentiert und im Nachgang besprochen. Und ja, es war zu voll. Lass uns gemeinsam dafür Lösungen finden. Einfach zu behaupten, es habe so viele Beschwerden gegeben, ohne diese konkret zu machen, ist keine gute Rechtfertigung für die Einschränkung des studentischen Lebens und der Kulturtradition dieser Akademie. Es würde uns sehr interessieren, was die Beschwerden beinhalten, damit man daraus konkret lernen kann. Wir möchten gern besser verstehen, was vorgefallen ist, um an Vorschlägen für

das Jahresausstellungsformat und dem der Party mitwirken zu können.

Auch hier gilt es noch einmal zu betonen, dass man Teilhabe nicht erweitert oder gerechter gestaltet, indem die Kulturveranstaltung an sich verkleinert. Klar können sich in begrenztem Rahmen nur begrenzter Vorfälle ereignen. Aber hier wird wieder deutlich, dass es der Hochschulleitung nicht um ein ernsthaftes Schutz- und Unterstützungskonzept für potentiell Betroffene geht, sondern darum, dass sich Schlimmes doch bitte nicht auf Akademieboden zutragen soll. Die Erfahrungen des Awarenessteams sollen

in die Ausarbeitung eines Ausstellungs- und Partykonzepts eingebunden werden. Das erfordert allerdings einen gezielten Austausch, welcher doch auch in Deinem Interesse sein sollte. Gleichberechtigte und sichere Teilhabe wird durch ein starkes Awarenesskonzept gewährleistet. Die vorgeschlagenen Regularien sorgen netto für weniger Teilhabe.

VI. Und jetzt?

Wir fordern echte Zusammenarbeit. Das bedeutet, dass alle Beteiligten von Beginn an gleichberechtigt am Prozess teilhaben, dass Vorschläge gemeinsam entwickelt, Bedenken ernsthaft gehört und Lösungen wirklich ausgehandelt werden. Auch ist es langsam mühselig, dass jedes Jahr aufs Neue um die Eröffnungsparty gekämpft werden muss. Es ist wirklich an der Zeit, dass richtig miteinander gesprochen wird und nicht immer von oben herab Forderungen und Regularien bestimmt werden, auf die wir opponierend reagieren und dann deren Aufweichung erreichen. Hier sehen wir vor allem Dich als Präsidentin am Zug.

Wir fordern außerdem die tatsächliche Darlegung der Beschwerden und Schluss mit dieser Token Rhetorik über Gleichstellung, Teilhabe und Sicherheit. Es bräuchte weit mehr als diese schwammige Rechtfertigung für diese scharfen Maßnahmen. Was ist konkret vorgefallen, was wir von dem Awarenesssteam nicht in Erfahrung bringen können? Erst Konkretes befähigt uns zu lernen und sinnvoll etwas zu ändern.

Wir fordern von Dir, als Vertreterin deiner Studierendenschaft, zu versuchen, Handlungsspielräume auszubauen und sie nicht in vauseilendem Gehorsam vor Politik und Gesetz selbst einzuschränken. Wir brauchen eine kämpferische Interessenvertretung vor dem Ministerium im Angesicht der politischen Entwicklungen. Das Hochschulinnovationsgesetz und die Haushaltspolitik von Bund und Ländern sind zu kritisieren und von uns gemeinsam zu bekämpfen. Sowohl die Hochschulleitung als auch wir Studierende müssen hier aktiver werden. Die Antwort auf eine schlechte Gesetzgebung kann aber nicht sein, die Akademie in eine Haftungsminimierungsmaschine zu verwandeln. Und wir wollen dich einladen, tatsächlich mit uns ins Ge-

spräch zu gehen. Bei der Konvent Sondersitzung am 26.05. oder der nächsten regulären Sitzung am 15.06. Am kommenden Donnerstag, 21.05. suchen wir über die Studierendenvertretung bereits das Gespräch. Wie es bereits anklang, sind wir aber bereit, gegen die neuen Regeln zu protestieren, wenn uns Studierenden weiter das studentische Leben eingeschränkt wird. Wenn wir keine gemeinsame und zufriedenstellende Lösung erarbeiten können, würden wir auch streiken. Und die Türen der Klassenzimmer blieben während der Jahresausstellung 2026 kollektiv geschlossen.



xoxo, Konvent